

# Reformgospel mit geändertem Refrain



Dr. H. Hellmut Koch  
Präsident der BLÄK



Dr. Axel Munte  
Vorsitzender des Vorstands der KVB

Zum Jahresende gestatten Sie uns ein paar Gedanken zur Gesundheitsreform – einen Kommentar zum Reformgospel der Politik, die den Refrain gewechselt hat. Mit uns soll es keine Abkehr von Weiterentwicklung und Reformkurs im Gesundheitswesen geben, doch mahnen und warnen wir wiederholt vor groben Fehlentwicklungen, fatalen Weichenstellungen und irrigen Regelungen. 2007, das Jahr des In-Kraft-Tretens des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes (GKV-WSG) und Vertragsarztrechtsänderungsgesetzes (VÄndG), hat eine Menge an Fragen aufgeworfen, Stirnrunzeln, Kopfschütteln und Ablehnung erzeugt. Im Zentrum unserer Kritik steht zweifellos der geplante Gesundheitsfonds und die Ausgestaltung der Honorarreform, der wir, Bayerische Landesärztekammer (BLÄK) und Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB), in Pressekonferenzen, Plakataktionen, Ärztetagen und Diskussionsrunden immer wieder – besonders aus bayerischer Sicht – eine klare Absage erteilt haben.

Die Ärztehonorare könnten zwar ab 2009 im bundesweiten Durchschnitt um zehn Prozent steigen. Doch im Süden wird es auf Grund des bundeseinheitlichen Orientierungspunktwerts Verlierer geben. Daran kann auch der neue Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) nichts ändern. Wegen der großen Unterschiede lehnt Bayern eine einheitliche Regelung über den Gesundheitsfonds auch in der Krankenhausfinanzierung ab. Denn eine solche „Gleichmacherei“ bestraft die Länder, die ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, sagt beispielsweise Bayerns Sozialministerin Christa Stewens, die wir von dieser Stelle aus in ihrem Einsatz für die Beibehaltung der dualen Finanzierung bestärken möchten.

Der Staat will sich entlasten, ganz klar. Die bayerischen Ärzte und Psychotherapeuten dürfen aber nicht als Einnahmequelle missbraucht werden. Schon die versicherungsfremden Leistungen hat der Staat als „Verschiebebahnhöfe“ genutzt, um die Sozialversicherungssysteme zu sanieren.

Kritisch sehen wir auch Projekte, wie „AGnES“, also die „(Haus-)Arztentlastende, Gemeindenahe, E-Healthgestützte, Systemische Intervention“. Zum einen befürchten wir eine zunehmende „Deprofessionalisierung“ des Arztberufs. Ärztliche Kernkompetenz wird auch in Zukunft unverzichtbar sein. Nur wer eine vollständige Aus- und Weiterbildung als Arzt erhält, darf ärztlich eigenverantwortlich tätig werden – im Krankenhaus und in einer Praxis. Die Befähigung zur Ausübung der Heilkunde ist nicht nur aus (haftungs-)rechtlichen Gründen bei uns Ärzten verankert. Unabhängig davon muss zukunftsorientiert diskutiert werden, wo über die Unterstützung, Zuarbeit oder Entlastung einzelner Teilschritte hinaus komplexere Behandlungsabläufe delegiert werden können. Völlig ungeklärt ist zum anderen die Finanzierung von Gemeindeschwestern.

Schließlich hat das Bundeskabinett noch die Pflegereform auf den Weg gebracht. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) sprach von Leistungsverbesserungen (Plus 0,25 Beitragspunkte). Doch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz birgt weitere Fallstricke, stellt es doch den Arztvorbehalt gleich an mehreren Stellen in Frage. Es gäbe noch viele weitere Themen.

Sozial- und Gesundheitspolitiker senden zum Jahresausklang Signale, wie die Debatten um ein verlängertes Arbeitslosengeld I und eine neue Pendlerpauschale zeigen. Beide Vorhaben bergen Symbolcharakter und senden damit eine Meta-Botschaft aus: Noch vor wenigen Monaten hieß es, der Staat kann weniger verteilen, der Einzelne muss mehr selbst übernehmen. Das klingt nicht nett, aber ehrlich. Scheint die Krise abgeflaut, gelten frühere Worte nicht mehr. Mehr Umverteilung kann wieder stattfinden, weil zusätzliche Steuern fließen. Die Botschaft aber ist unehrlich, weil viele Probleme ungelöst sind. Und sie ist gefährlich, weil sie suggeriert, die Mahnung von damals sei falsch gewesen. Ähnliches gilt auch in der Gesundheitspolitik. Ewiges Nachbessern und -tariieren, Fehlerkorrektur, Hü und Hott und an vielen Stellen Konzeptionslosigkeit verunsichern alle Beteiligten und schüren den Vertrauensverlust in ein System, das zu den besten der Welt zählt. Die Reform als Vorstufe zur Reform – diese Politikpraxis ist weder problemadäquat noch vermittelbar. Es riecht nach Chaos und schreckt ab – nicht eben ein Qualitätsmerkmal. Dieser permanente Reformgospel kann kaum, ja wird nicht gelingen. Dagegen spricht schon allein der unterschiedliche zeitliche Wirkungshorizont einer Legislaturperiode und eines umfangreicheren Eingriffs in ein so komplexes System.

Für die sinnvolle Weiterentwicklung und -gestaltung des Gesundheitswesens benötigen wir Sie, unsere Mitglieder, unsere Leser, auch im Jahr 2008 und wünschen Ihnen erst einmal ein besinnliches Weihnachtsfest und einen schönen Jahreswechsel.